

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht und Jürgen Clemens

Proteste der Opposition

Protestaufrufe der Opposition endeten in Straßenkämpfen mit der Polizei und forderten mehr als 300 Verletzte. Gemeinsam riefen die 'Awami League', 'Jatiyo Party' und 'Jamaat-i-Islami' zum Rücktritt der Regierungschefin, der Auflösung des Parlaments und zu sofortigen Neuwahlen auf. Die Regierung hält allerdings an ihrem Ziel fest, die volle Legislaturperiode von fünf Jahren auszuschöpfen.

Proteste der Bauern

Bei Protesten gegen die Verteilung von Mineraldünger wurden im März mindestens zehn Bauern und ein Polizist getötet. Die Bauern überfielen Düngertransporte und Lagerhäuser, nachdem es zu einer ersten Verknappung im gesamten Land kam. Nach Schätzungen des 'World Food Programme' wird die angespannte Nahrungsmittelversorgung in Bangladesh weiter verschärfen und vor allem den Reisanbau vor dem Monsuneintritt beeinträchtigen. Das Getreidedefizit für 1995 wird auf 3,4 Millionen Tonnen geschätzt. Im Durchschnitt erzeugt Bangladesh 19 Millionen Tonnen pro Jahr, benötigt aber mindestens 21 Millionen Tonnen für die Versorgung der Bevölkerung.

Anklage gegen Armeeeoffiziere

Drei pensionierte Offiziere der Armee, unter ihnen der ehemalige Leiter des militärischen Geheimdienstes, wurden im März unter Mordverdacht verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, General Mohammad Abdul Manzur im Juli 1981 auf Befehl ihrer Vorgesetzten in Chittagong erschossen zu haben. General Manzur gilt als Anführer der Militärjunta, die im Mai 1981 den damaligen Präsidenten Zia ur Rahman, Ehemann der heutigen Premierministerin Khaleda Zia, ermordet hatte und erst nach zwei Tagen durch regierungsloyale Truppen zurückgeschlagen wurde. Die drei Verhafteten gaben zu, daß sie den General auf höheren Befehl auf seiner Flucht erschossen hatten. Das Verfahren

wird im April aufgenommen.

Kumaratunga in Dhaka

Zu ihrem ersten Staatsbesuch kam Chandrika Kumaratunga, Präsidentin von Sri Lanka, vom 28. bis 30. März nach Dhaka. Im Verlauf der Gespräche mit Premierministerin Khaleda Zia wurde vor allem die Wiederaufnahme der 'Joint Economic Commission' beschlossen, um die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder zu intensivieren.

Vertreter des 'Jumma Peoples Network' im BMZ

Im März appellierten zwei Vertreter des 'Jumma Peoples Network', eine Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Berlin, an das Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Bonner Hilfe für Bangladesh von Verbesserungen der Menschenrechtssituation in den "Chittagong Hill Tracts" (CHT) abhängig zu machen. Diese Position solle das Ministerium auch auf dem Treffen des 'Bangladesh Aid Consortium' im April in Paris vertreten. Die beiden Vertreter berichteten über anhaltende Menschenrechtsverletzungen in den CHT. Ihre Vorwürfe richteten sich insbesondere gegen illegale bengalische Siedler aus dem Tiefland und gegen die Polizei. Bewaffnete Überfälle auf "Jummas" und ihre Studentenorganisationen forderten in Bandarban und Naniachar erneut zahlreiche Tote und Verletzte. Selbst dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen wurde die Aufklärung dieser Überfälle nicht ermöglicht. Er fordert von der Regierung in Dhaka die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. Seit 1992 wird es keinem Repräsentanten des Sonderberichterstatters erlaubt, das Berggebiet der CHT zu besuchen.

Zu dem Massaker in Bandarban kam es am 15. März, nachdem gleichzeitig zu einem Studentenkongreß des 'Chittagong Hill Tracts Students Council' und zu einer Protestversammlung bengalischer Siedler aufgerufen wurde. Eine von den

lokalen Behörden verhängte Ausgangssperre wurde von beiden Organisationen mißachtet, aber von der Polizei auch nicht kontrolliert. Anschließend Übergriffe der Bengali auf die Studenten und Siedlungen der Umgebung wurden von der Polizei nicht verhindert. Insgesamt gingen etwa 300 Häuser in Flammen auf, sieben Studenten wurden verletzt und einer getötet. Spätere Ermittlungen der Polizei richteten sich nur gegen Studenten, so daß lokalen Politikern und Beamten von Menschenrechtsorganisationen Komplizenschaft mit den bengalischen Siedlern und die Vorbereitung dieser Übergriffe vorgeworfen wird.

Die Vertreter des 'Network' warteten bei ihrem Zusammentreffen mit Beamten des BMZ der Regierung in Dhaka zudem Untätigkeit bei der Reintegration von 'Jumma'-Flüchtlingen vor, die in jüngster Zeit aus Indien zurückgekehrt sind; häufig erhalten sie nicht einmal die zugesagten Verpflegungsrationen. Auch die politischen Verhandlungen zwischen der Regierung Bangladeshs und der 'Jana Samhati Samiti' (JSS) sind nach Aussagen der Information ins Stocken geraten. Streitpunkt sei vor allem die illegale Ansiedlung in den 'Hill Tracts'. Diese verstoße gegen die Genfer Konvention sowie gegen nationale Vereinbarungen und werde von der JSS als eine Bedrohung der Lebensverhältnisse der 'Jummas' betrachtet. Die 'Jumma'-Vertreter setzten sich auch weiterhin für eine friedliche Lösung des Konfliktes ein, forderten allerdings internationale Beobachter, um faire Verhandlungen zu ermöglichen. Von internationalen Geberorganisationen erwartet das 'Network' Konsequenzen wegen des Mißbrauchs von Entwicklungshilfegeldern für militärische Operationen. Nur so könne die Regierung in Dhaka die starke Militärpräsenz in den 'Hill Tracts' aufrechterhalten. Notfalls sollten die Entwicklungshilfegelder entsprechend gekürzt werden. Die deutsche Regierung wurde gebeten, folgende Bedingungen für die Zusage von Finanzausgaben auf der Pariser Sitzung des 'Aid Consortiums' einzubringen:



Freundliche Menschen und reizvolle Natur - aber wenig Infrastruktur für Touristen (Foto: Walter Keller)

1. Zugang für Sonderberichterstatter und Vertreter der Vereinten Nationen zu den 'Chittagong Hill Tracts'; 2. Internationale Beobachtung der Verhandlungen zwischen 'Jana Samhati Samiti' und der Regierung; 3. Zugang für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes zu den CHTs für humanitäre Arbeiten; 4. Zugang für den UNHCR, um rückkehrende 'Jumma'-Flüchtlinge in den CHTs betreuen zu können; 5. Zugang für internationale Beobachter zur Überwachung des Waffenstillstands mit den 'Shanti Bahini'-Guerillas.

Proteste gegen Barak Projekt

Bangladesh hat sich vehement gegen Pläne Indiens ausgesprochen, im assamesischen Barak Tal ein 20 Milliarden Rupien teures Dammprojekt zu bauen. Dies würde nach Ansicht der Khaleda Zia Regierung zu einer Verwüstung der Sylhet Region im Nordosten des Landes führen. Eine breite Bewegung von 'Jamaat-e-Islami' Mitgliedern bis zu Umweltaktivisten versucht, die ausländischen Geldgeber von diesem Vorhaben abzubringen. Ein

Hauptadressat ist dabei der 'Japan Overseas Economic Corporation Fund' (OECF). Das Barak Projekt scheint von Anfang an vom Pech verfolgt. Seit über zehn Jahren liegen die Pläne für das Projekt in der Schublade. 1.500 MW Strom sollen erzeugt und die wiederkehrenden Überschwemmungen gestoppt werden. Doch gab es auch von indischer Seite Einwände. Die Regierung des Bundesstaates Manipur sperrte sich gegen das Vorhaben, weil angeblich 31 Dörfer des Hmar Stammes im Churachandpur Kreis, wo 1.310 Familien leben, überschwemmt würden - der Damm sollte an der Grenze zwischen Assam und Manipur errichtet werden. Dieser Streit wurde erst im Dezember 1994 beigelegt; ein 550 Millionen Rupien Rehabilitationsprogramm wurde von den Regierungen der beiden Bundesstaaten aufgelegt. Unter den Betreibern des Projekts hat die Reaktion Bangladesh Unverständnis ausgelöst. Bangladesh werde in vollem Maße profitieren. Keine Überflutungen mehr und Wasser selbst in der Trockenzeit lauten die Versprechungen in Richtung Bangladesh.

"Besuchen Sie Bangladesh, bevor die Touristen kommen"

Bangladesh möchte die Zahl seiner ausländischen Besucher auf 225.000 erhöhen. Derzeit kommen halb so viele. Dazu dachte sich die staatliche Tourismusbehörde den Slogan "Besuchen Sie Bangladesh, bevor die Touristen kommen" aus. Vermarktet werden sollen vor allem endlos lange Strände und "glückliche Stammesvölker" im Südosten des Landes sowie die großen Mangrovenwälder des Sundarbans-Schutzgebietes. Journalisten und Reiseveranstalter, die das Land kürzlich auf Einladung besuchten, waren nach einer Rundreise allerdings weniger begeistert. Eine überschwappende Bürokratie und eine kaum vorhandene Infrastruktur außerhalb der Hauptstadt Dhaka machten das Land nicht eben besucherfreundlich, stellten sie fest. Problematisch sei auch das anvisierte Gebiet in den Chittagong Hill Tracts, in dem die Urbevölkerung, die "glücklichen Eingeborenen", seit Jahrzehnten vom Militär und von bengalischen Siedlern unterdrückt und vertrieben werde.